



Manifest „Wasser ist ein Recht, kein Geschäft!“ Forum gegen Water Grabbing 2018

Am 19. und 20. Oktober 2018 haben sich VertreterInnen sozialer Bewegungen, von NGOs, Gewerkschaften und kirchlichen Basisorganisationen sowie zahlreiche interessierte Einzelpersonen in Bern getroffen und intensiv über Water Grabbing diskutiert. Unter Water Grabbing verstehen wir die Aneignung von und Kontrolle über Wasser durch mächtige Akteure. Mit internationalen Gästen haben wir Wissen und Erfahrungen über Mechanismen der Ausbeutung aus gelebten Widerständen und Kämpfen geteilt. Aus der Überzeugung, dass der Kampf für die Verteidigung des Wassers als Menschenrecht ein gemeinsamer ist und wir uns darin gegenseitig unterstützen, ist ein gemeinsamer Raum der Solidarität entstanden.

Fünf Aspekte von Water Grabbing

“Ich wurde wegen der Mine gewaltsam vertrieben. Dort, wo ich hingebacht wurde, gibt es nicht immer Trinkwasser, alle zwei Wochen erhalten wir Wasser und viele von uns müssen täglich Trinkwasser kaufen.” (Samuel Arregocés, Betroffener von der Kohlemine El Cerrejón in Kolumbien)

Folgende Aspekte von Water Grabbing wurden am Forum an Podiumsdiskussionen, in Workshops und an einem World Café intensiv beleuchtet und diskutiert:

- Der **Abbau von Rohstoffen** in grossem Stil wie in der Kohletagebaumine El Cerrejón (Kolumbien) hat massive Auswirkungen auf den Wasserhaushalt. Die Bevölkerung hat den freien Zugang zu Flüssen, Bächen und Brunnen verloren. Die Wasserversorgung ist äusserst prekär, umgesiedelte Gemeinden sind von Wassertanks der Kohlemine abhängig. Nebenflüsse des Río Ranchería wurden umgeleitet, sind ausgetrocknet oder mit Schwermetallen verschmutzt. Konsequenzen sind Gesundheitsprobleme und Mangelernährung, insbesondere bei Kindern auch mit Todesfolge.
- Die industrielle Landwirtschaft, das **Agrobusiness**, verbraucht viel Wasser, das der Bevölkerung nicht mehr zur Verfügung steht. Hinzu kommt der Gebrauch von Pestiziden und Herbiziden. Diese giftigen Substanzen – unter anderem produziert vom Schweizer Konzern Syngenta – gelangen ins Grundwasser, in Bäche und Flüsse. Für die lokale Bevölkerung, die das Wasser zum Trinken, Kochen, Baden und Waschen braucht, hat dies gravierende Gesundheitsprobleme zur Folge. Kleinbauernfamilien und FischerInnen verlieren ihre Lebensgrundlagen, Armut und Abwanderung sind direkte Folgen.
- **Staudämme** werden als grüne Energieproduzenten gepriesen. Weltweit sind Tausende von Mega-Staudämmen in Planung oder im Bau. Zigtausende Menschen werden durch Überflutung vertrieben, ökologisch und kulturell wertvolle Gebiete werden für immer zerstört. Derweil leidet die Bevölkerung am Flussunterlauf unter Wassermangel, sie verliert ihre Lebensgrundlagen, Fischbestände gehen zurück.
- Während Wassermangel vielerorts immer akuter wird, pumpen private Konzerne Grundwasser ab, um es in **Flaschen** zu verkaufen und daraus Profit zu schlagen. Ganz vorne mit dabei ist der Schweizer Nahrungsmittelmulti Nestlé. Im brasilianischen São Lourenço beispielsweise versiegeln zwei wichtige Mineralwasserquellen, in Vittel bezieht die Bevölkerung im Sommer Wasser aus Tanklastwagen, während Nestlé weiter abpumpt und der Grundwasserspiegel absinkt.

- Auch bei der **Privatisierung von Wasserversorgung** geht es darum, dass Konzerne sich die Kontrolle über Wasser sichern und Profit mit dem Verkauf von Wasser machen. Wie am Forum deutlich aufgezeigt wurde, führen Privatisierungen meist zu einer Verschlechterung und Verteuerung der Wasserversorgung.

Hintergrund und Folgen von Water Grabbing

Weltweit erlangen **transnationale Konzerne** mittels Privatisierung, Konzessionen und Vermarktung eine immer grössere Kontrolle über das Wasser – vom Grundwasser über Oberflächenwasser bis hin zum Wasserhahn. Sie dient der Absicherung der Interessen von Agrobusiness, Stromwirtschaft sowie Minenindustrie und sorgt für **lukrative Gewinne**. Die Konzerne können auf die Komplizenschaft von Regierungen und internationalen Organismen zählen: Ein Geflecht von Freihandels- und Investitionsschutzverträgen **schützt ihre Interessen** und sie profitieren aufgrund korrupter Regierungen vor Ort von **Straflosigkeit** – auch bei Verletzungen des Menschenrechts auf Wasser.

Dies führt zu einer **Zunahme von Wasserkonflikten** insbesondere im **Globalen Süden**. Länder des Globalen Südens werden wie zu Kolonialzeiten immer mehr zu Rohstofflieferanten zurückgestuft. In den verarbeiteten Rohstoffen und konsumierten Gütern steckt eine Unmenge an „virtuellem Wasser“, das während der Rohstoffverarbeitung benötigt wird. Im Wasserfussabdruck des Globalen Nordens bleibt dieser Wasserverbrauch unsichtbar. Im Globalen Süden zweigen gigantische Bergbauprojekte, Agrobusiness und Industrie Wasser ab, Staudämme überfluten ganze Gebiete am Flussoberlauf und reduzieren Flüsse am Unterlauf zu einem Rinnsal. Für die lokale Bevölkerung ist das Wasser nicht mehr zugänglich oder aufgrund von Verschmutzung ungeniessbar. Die Auswirkungen für Ökosysteme und für die Menschen, deren Leben auf diesen Ökosystemen basiert, sind verheerend: Vertreibungen, Verlust der Lebensgrundlagen, Gesundheitsprobleme, Zwang zur Migration etc. Auch die Privatisierung von Wasserversorgung sowie das Abpumpen und Abfüllen von Grundwasser beschränken teilweise in gravierendem Ausmass den Zugang der Menschen zu sauberem Trinkwasser.

Wassermangel und Klimaerwärmung sind eng miteinander verknüpft. In zahlreichen Ländern dehnen sich Wüsten aus und dies gehäuft in Regionen, in denen das Wasser seinem natürlichen Kreislauf entzogen und für die Exportwirtschaft verwendet wird. Gleichzeitig tragen Bergbau, Agrobusiness und Staudämme zur Klimaveränderung bei, indem Wälder abgeholzt bzw. überflutet werden.

Opfer von Water Grabbing sind in erster Linie sozial und wirtschaftlich benachteiligte Bevölkerungsgruppen, insbesondere in Lateinamerika und Afrika. Allen voran Frauen, indigene Gemeinschaften, Migrant*innen und Geflüchtete, Kleinbauern und Kleinbäuerinnen sowie Bewohner*innen der städtischen Peripherien.

Die Sicherung von Wasserressourcen für Konzerninteressen und -profit bei gleichzeitig ungesichertem Zugang zu Wasser der lokalen Bevölkerung verletzt das Menschenrecht auf Wasser. Vielerorts im Globalen Süden, aber auch in den USA, Kanada und Europa wächst der Widerstand gegen Water Grabbing.

Menschen im Globalen Süden, die sich gegen Bergbau- und Staudammprojekte zur Wehr setzen, ihr Land gegen den Vormarsch des Agrobusiness verteidigen oder die Machenschaften von Konzernen anprangern, sind Kriminalisierung und Gewalt bis hin zu Mord ausgesetzt. Diese Aktivist*innen benötigen dringend internationale Solidarität und Unterstützung.

Kampf zur Verteidigung von Wasser – Handlungsansätze und Forderungen

Wir, die wir am „Forum gegen Water Grabbing“ teilgenommen haben, **solidarisieren** uns mit den Kämpfen sozialer Bewegungen weltweit zur Verteidigung von Wasser. Wir lehnen die Kommodifizierung, Vermarktung und Kontrolle des Wassers durch private Konzerne ab. Wasser ist ein

Menschenrecht, es gehört der Allgemeinheit und muss demokratisch verwaltet werden. Wir unterstützen Prozesse, in denen die Bevölkerung die Kontrolle und Verwaltung des Wassers (wieder) übernimmt, um den Zugang zu Wasser für alle Menschen zu sichern, und dafür sorgt, dass private Profitinteressen keinen Platz haben.

Wir sind äusserst besorgt angesichts der Zunahme von Autoritarismus, faschistischen Strömungen und Ausgrenzung weltweit. Wir lehnen diese Entwicklung mit aller Vehemenz ab, die mit einem Angriff auf die Menschenrechte von Bevölkerungsgruppen einhergeht, darunter das Menschenrecht auf Wasser.

Das wirtschaftliche Wachstumsmodell ist mit dem Recht auf Wasser für alle Menschen weltweit nicht vereinbar, sondern verschärft die Wasserkrise. Deshalb muss von diesem Modell Abstand genommen werden. An seiner Stelle muss auf partizipative, demokratische Weise ein alternatives Entwicklungsmodell erarbeitet werden, welches die Ungleichverteilung zwischen Norden und Süden überwindet. Dabei müssen die Bedürfnisse der Bevölkerung statt diejenigen von Konzernen im Zentrum stehen.

Bevölkerungen, darunter insbesondere indigene und bäuerliche Gemeinden, müssen bei sie betreffenden Bergbauprojekten, geplanten Staudämmen, Umleitungen von Wasserläufen und der Ausdehnung von Agrobusiness Mitbestimmung haben, ihr Entscheid ist vollständig zu respektieren.

Handel muss demokratischer Kontrolle unterworfen werden. Unternehmen dürfen nicht länger das Recht besitzen, Länder zu verklagen, vielmehr müssen sowohl auf internationaler Ebene wie auch in Ländern, wo Konzerne ihren Sitz haben, Mechanismen geschaffen werden, damit betroffene Bevölkerungen Konzerne für die Verletzung ihrer Rechte zur Rechenschaft ziehen können. Wir begrüßen die Anstrengungen der Kampagne Stop Corporate Impunity und der Treaty Alliance für einen diesbezüglichen Vertrag innerhalb der UNO sowie die Konzernverantwortungsinitiative in der Schweiz.

Konzerne und Staaten müssen angemessene Verantwortung übernehmen für die Schäden und Verluste, welche u.a. Staudämme, Bergbau und Agrobusiness verursacht haben. Dazu gehören insbesondere Vertreibungen, Verlust von Lebensgrundlagen, kulturellem Erbe und Artenvielfalt. Betroffene müssen als solche anerkannt und angemessene Reparationen müssen geleistet werden.

Kriminalisierung und Gewalt gegen Umweltaktivist*Innen müssen aufhören. Die Schweiz muss sich dafür einsetzen, dass solche Gewalt aufhört und strafrechtlich verfolgt wird. Allenfalls müssen politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen die betreffenden Länder ergriffen werden.

Anstelle des Agrobusiness muss die kleinräumige, agrarökologische Landwirtschaft gefördert werden, welche Sorge zur Umwelt und zum Wasser trägt. Denn es ist die kleinräumige Landwirtschaft, die die Ernährung der Mehrheit der Weltbevölkerung sicherstellt.

Wasser darf nicht als politische Waffe eingesetzt werden, sondern ist ein Medium für den Frieden.

Folgende Forderungen an einzelne Adressat*innen wurden am Forum gegen Water Grabbing zusammengetragen. Sie haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Forderungen an die Schweiz und ihre Institutionen

Wir fordern, dass sich die Schweiz für die Umsetzung eines wirksamen verbindlichen UNO-Vertrags für transnationale Konzerne einsetzt.

Die Zusammenarbeit der Deza mit der Water Resources Group hilft Konzernen dabei, ihre Interessen im Bereich Wasser durchzusetzen. Deshalb fordern wir, dass diese Zusammenarbeit beendet wird.

Wir fordern, dass die Schweiz vermehrt Public-Public-Partnerships unterstützt, damit die lokalen Behörden im globalen Süden eine effiziente Wasserversorgung einrichten können, die der gesamten Bevölkerung dient.

Wir fordern, dass die Schweiz Bestrebungen nach Rekommunalisierungen aktiv unterstützt und die Expertise zur öffentlichen Wasserversorgung teilt. Internationale Handelsverträge, welche eine Rekommunalisierung explizit ausschliessen, beispielsweise TISA, müssen bekämpft werden.

Wir fordern ein weitgehendes Pestizid-Verbot in der Schweiz. In der Schweiz verbotene Pestizide (beispielsweise von Syngenta) dürfen nicht mehr exportiert werden.

Wir fordern, dass die Schweiz Massnahmen ergreift, um ihren Wasserfussabdruck deutlich zu reduzieren.

Wir fordern von öffentlichen Institutionen, dass sie den freien Zugang zu Hahnenwasser an Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen gewährleisten und dieses als solches deklarieren.

Wir fordern von öffentlichen Schulen, dass sie die Thematik des Wassers, seine kommerzielle Nutzung und deren Folgen in den Unterricht sowie den Schulalltag einbringen und kritisch beleuchten.

Wir fordern von öffentlichen Institutionen und Vereinen, sowie Restaurants und Cafés, Krüge und Karaffen mit Hahnenwasser zur Verfügung zu stellen und höchstens den Preis für den Service zu berechnen.

Forderungen an Konzerne mit Sitz in der Schweiz

Wir fordern, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz das Menschenrecht auf Wasser weltweit respektieren.

Wir fordern, dass sich Banken, Pensionskassen und Rückversicherer aus Agroindustrie, Bergbau- und Staudammprojekten mit schädlichen Auswirkungen zurückziehen.

Wir fordern, dass die betroffenen Gemeinschaften direkten Zugang zu den Datenerhebungen über Qualität von Wasser, Luft und Boden rund um Minen im vollständigen oder teilweisen Besitz von Schweizer Konzernen erhalten.

Wir fordern, dass von der Mine El Cerrejón, Kolumbien, betroffene Gemeinschaften die Teilnahmeberechtigung an dem Verhandlungstisch erhalten.

Forderung an die kolumbianische Regierung

Wir fordern, dass die Gemeinschaften im Süden von La Guajira freien Zugang sowie direkte und kontinuierliche Verfügbarkeit von qualitativ einwandfreiem Trinkwasser haben.

Forderung an die Bevölkerung in der Schweiz

Wir rufen die Bevölkerung dazu auf, von ihrem Recht auf politische Partizipation Gebrauch zu machen und für Wasser als öffentliches Gut in der Schweiz und international einzustehen.

